

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckauskunft: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241
Post Nr. Nachzugspräzise: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflage, durch die Post bei täglich zweimaligem Verband monatlich 6,50 M., vierfachjährlich 10,50 M.
Die Tageszeitung zum Preis von 2 M. Mit Familienangelegenheiten, Anzeigen unter
Stellen- u. Wohnungsmarkt, Tageszeitung für den Verkauf 25 M. Bezugsschläge laut
Tat. Ausführliche Anzeigen gegen Vorauszahlung. Tagesschlag 10 P.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Gieseck & Reichenbach in Dresden.
Postleitzahl-Raum 1068 Dresden.

Rechte allein nur mit deutscher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Wohnungseinrichtungen
Johannes-Straße 19 H. HOHLFELD Johannes-Straße 19
Polstermöbel, solid u. geschmackvoll in eigener Werkstatt gearbeitet.

KIOS
CIGARETTEN

F. Hermann Beeg
Dresden-A., Falkenstraße 26
Fernsprecher 19381 und 20461
Feuerverzinkerei.

Ein neuer französischer Entschädigungsplan.

Lieferungskredite an Deutschland.

Baas, 28. Dez. Der französische drahtlose Dienst verbreitet einen Bericht, der als Andeutung für die Politik der französischen Regierung in Bezug auf die deutsche Entschädigungsfrage zu gelten hat. Es wird darin gesagt: Herr Bergmann hat auf der Brüsseler Konferenz vorgeschlagen, daß der deutschen Regierung ein Kredit in Papiermark eröffnet würde, und zwar aus Bestellungen, die die vom Kriege betroffenen unmittelbar an die deutsche Industrie geben würden. Die Reparationskommission erwägt ein gleichartiges System, durch das die vom Kriege betroffenen ihre Einkäufe in Deutschland mit besonderen Schecls auf an Deutschland zu gewährende Kredite bezahlen würden. Die deutsche Regierung würde dann ihre eigene Industrie mit Papiermark bezahlen können, und auf diese Weise Gelegenheit haben, einen Teil ihrer Schulden in Mark abzuzahlen, d. h. mit einem Zahlungsmittel, dessen Ausfuhr zu diesem Zeitpunkt fast gar keinen Wert hat. Für die Annuitäten würde ein Wiederaufschlag festgestellt werden, der mit dem Ertrag aus den deutschen Steuern und dem Nebentisch der Handelskammer übereinstimmt. Diese Politik hat den Vorteil, daß sie zu einem wirklich wirtschaftlichen Ergebnis führt, anstatt zu rein formeller Befriedigung. Leider kann man in kurzer Zeit in progressiven Barzahlungen gelangen zu können.

Verhandlseinigkeit über Brüssel.

Rotterdam, 28. Dez. „R. R. C.“ berichten aus Paris: Die französischen, italienischen und belgischen Delegierten über ihr weiteres Vorschein einig geworden. Deutschland wird demnach ein Antrag durch den französischen Vertreter Sendoux als Vermittler gemacht werden. Da gegenwärtigen Augenblick habe nicht weiter verhandelt werden können, weil man an seine genügenden Beziehungen, hatte, ohne vorher mit seiner Regierung Rückgriffe zu nehmen. Das habe aber auf die verschiedenen Regierungen guten Eindruck gemacht. Die Vergütung in Naturalen wurde erörtert, aber auch die Bezahlung in Geld, besonders die Rückzahlung der Kriegsabgaben der feindlichen Länder. Man glaubt immer noch an eine internationale Anleihe Deutschlands. In Paris habe man das Gefühl, daß man den deutschen Bürgern größtenteils entschädigt sei, besonders weil im Lande und im Parlemente die Opposition gegen die deutschen Entschädigungen in Aktion zunahm.

Die bisherigen deutschen Leistungen.

Baas, 28. Dez. Das „Kölner Tageblatt“ meldet aus Paris: Die Finanzkommission der französischen Kammer richtete an den Finanzminister die Anfrage, welche Verträge Deutschland vom 10. Januar 1920 ab, dem Tage, an dem der Friedensvertrag in Kraft trat, bis jetzt eingetretet habe. Der französische Finanzminister hatte eine gleiche Anfrage bereits am 10. Juli dahin beantwortet, daß Deutschland ungefähr 10 Milliarden abgeschafft hätte. Die Finanzkommission gibt jetzt bei ihrer Anfrage ihrer eigenen Ansicht dahin Ausdruck, daß sich die deutschen Zahlungen von 13 bis 14 Milliarden Mark beloufen.

Hierzu wird festgestellt, daß Deutschland auch vor dem 10. Januar bereits Zahlungen aufzumachen hatte, die weit über 10 Milliarden Mark betrugen dürften, so daß also im ganzen 23 bis 24 Milliarden Mark entrichtet worden sind, d. h. 3 bis 4 Milliarden mehr als die 20 Milliarden, die Deutschland bis zum 1. Mai 1921 zu entrichten hat.

Feuergefecht mit bewaffneten Polen in Oberschlesien.

Benthen, 28. Dez. Wie die „Ostdeutsche Morgenpost“ meldet, drangen am Schluß einer vom Sportverein in Riechow am zweiten Feiertage veranstalteten Weihnachtsfeier bewaffnete Polen und Halle-Soldaten in den Saal. Als auf dem Heimwege die Polen mehrere Schüsse abgaben, schritt die Abstimmungspolizei ein. Es kam zu einem regelrechten Feuergefecht, bei dem zwei Polen verwundet wurden. Obwohl die Abstimmungspolizei Verstärkungen erhielt, konnte sie gegen die Halle-Soldaten nichts ausrichten. Sie zog sich in das Gemeindehaus zurück, das bis zum frühen Morgen beschossen wurde. (B. T. B.)

Ein neues Denkmalsaffentat.

Tarnowitz, 28. Dez. Gestern nacht wurde der Versuch gemacht, mittels einer Dynamitpatrone das Denkmal Kaiser Wilhelms I. zu sprengen. Während die unteren Steinsteine und die Umfassung des Denkmals zertrümmt wurden, blieben Sockel und Säule unbeschädigt. Der angerichtete Schaden ist dennoch sehr beträchtlich. Im Umkreise von 100 Metern wurden sämtliche Fenster zertrümmert. (B. T. B.)

Döppen, 28. Dez. In Bautzendorf wurde heute gegen den Laden eines Kaufmanns ein schweres Bombenattentat verübt. Sieben Personen wurden verletzt, davon drei schwer. Die Verfolgung der Täter ist ergebnislos geblieben.

Um die deutschen Festungsgeschüze.

Berlin, 28. Dez. Die Botschafterkonferenz hatte durch eine Note vom 17. v. M. der deutschen Regierung mitgeteilt, daß nach ihrer Aussicht die Entscheidung der interalliierten militärischen Kontrollkommission in der Frage der Ausnutzung der deutschen Festungen mit Artikel 12 des Vertrages von Versailles entspreche und daß sie die Aufsicht nur bestätigen könne. Die Reichsregierung hat nun an die Botschafterkonferenz eine Note richten lassen, in der sie mitteilt, daß sie nicht anzuerkennen vermöge, daß diese Entscheidungen mit den Friedensbestimmungen im Einklang seien. In Bezeichnung dieses Standpunktes hebt die Note hervor:

Nach dem Vertrage soll Deutschland das Ende der bestätigten Werke an seiner Süd- und Östergrenze in dem Zeitraum vom 10. Januar 1920 und mit den Grenzen, die an diesem Tage die Beleidigung beobachtet, beobachten. Nach der Entscheidung der Kontrollkommission sollen aber die 14 Festungen an der Süd- und Östergrenze Deutschlands ihrer Bedeutung beraubt und damit insbesondere aus der Reihe der Festungen gestrichen werden. Von den übrigen drei festen Plänen wird nur für Swinemünde die beauftragte Zahl von Geschützen angelassen, für Pillau werden 25 mit 30 Kanonen bewaffnet. In Danzig soll nur eine schwere Artillerie erhalten. Die Entscheidung der Kontrollkommission verhindert auch gegen den Westen des Vertrages. Denn von dem Standpunkt der Befestigungen her zu seinem Schutz gegen einen Angriffswelle, das Deutschland doch zu seinem Schutz gegen einen bewaffneten Einfall behalten sollte, bleibt demnach an der Südgrenze nichts und an der Ostgrenze nur ein ganzlich unzureichender Rest übrig. Trotz eindrücklicher Persuasionen hat sich die Botschafterkonferenz der Entscheidung der Kontrollkommission angelehnt. Die Kommission hat die Auslieferung der hier noch überzählige geleistete Waffenverluste verlangt. Der deutsche Regierung steht kein Wehr mehr zur Verfügung, ihr Recht zur Weltausstellung zu bringen. Sie muß sich der Entscheidung der Alliierten beugen, legt aber gegen die Verleihung des Vertrages nachdrücklich Vermahnung ein.

Die Note weist dann auf die seit dem Beschuß der Botschafterkonferenz wesentlich veränderte Lage an der deutschen Ostgrenze hin und führt aus: Wenn die dort liegenden feinen Pläne sämtlich aller Festungsmittel verantwaltet werden, so schwäche die leiste Möglichkeit, einem eindringenden Feind Widerstand zu leisten. Die deutsche Regierung bittet daher die alliierten Regierungen, nicht darauf zu bestehen, daß Königsvorwerke, wie die alte Bonn, die als vorgefertigte Böden dem ersten Ansturm des Gegners standzuhalten haben würde, sofort entwaffnet werden. Sie bittet, ihr dafür bis zur Klärung der Verhältnisse im Osten Aufschluß zu gewähren. (B. T. B.)

Die Lage in Jiume.

Berlin, 28. Dez. Von nationaler Seite wird den B. T. B. über die Voraussetzung, die Jiume betreffen, eine zusammenhängende Darstellung angeben, die bis zum 27. d. M. reicht. Es wird das bereits veröffentlichte drittwillige Vorhaben der regulären Truppen gehoben. Dem Stilus heißt es: Heute morgen hat in Rom der Ministerialrat die Lage geprüft und beschlossen, General Gavaglio volle Freiheit zu lassen, da die Regierung seit entschlossen ist, daß durch das Einrücken der regulären Truppen in Jiume der Stadte die Möglichkeit gegeben werde, ihren Willen frei auszudrücken und den freien Staat Jiume nach dem Vertrag von Rapallo zu bilden. Über die innere Lage in Jiume gingen heute morgen allerlei Gerüchte um. Wie man weiß, sind nicht alle Männer d'Annunzio angewandt. Man sprach daher von 20000, die von den Legionären blutig unterdrückt worden wären. Andersseits ist ein trockner Teil der Bevölkerung bereit, sich mit d'Annunzio aufzuhören. Es ist zur Stunde außerordentlich schwer, diese Gerüchte zu kontrollieren. Die Nachricht von der Ermordung d'Annunzios ist als falsch zu betrachten.

Rom, 28. Dez. Nach einer Stefani-Meldung haben die Truppen vor Jiume bisher etwa 30 Tote und 100 Verwundete gehabt. Vier Brüder auf der Seite von Stefani wurden von den Legionären gesprengt. In der Stadtstaatung in Rom gab der Bürgermeister der besiegten Stadt der Bevölkerung infolge der Ereignisse bei Jiume Ausdruck und schlug vor, die Sitzung zum Zeichen der Trauer aufzuhören und auf dem Kapitol die Trauerfahne zu hissen.

Bon, 28. Dez. Heute vormittag und der Leiter der nationalen Verteidigung von Jiume Venturi und der Bürgermeister von Jiume in Abbazia mit dem General Ferrario zusammengetroffen. Da die beiden Delegierten die Verhandlungen eröffnen wollten, ohne sich über ihre Stellung zum Vertrag von Rapallo zu erklären, brachte General Ferrario in unzweifelhafter Weise zum Ausdruck, daß die vollständige und rücksichtlose Anerkennung des Vertrags von Rapallo die unerlässliche Voraussetzung jeglicher Unterhandlung sei. Die Delegierten waren anfänglich von der Erheblichkeit dieser Frage überzeugt und erbaten die Anerkennung eines neuen Zusammentreffens auf Nachmittag, um die Vollständigkeit von Verhandlungen in Jiume zu haben. Die von den Delegierten erbetene Unterbrechung der Verhandlung wurde bewilligt. (B. T. B.)

Keine Illusionen!

„Kommt Deutschland“, so sagte der Reichspräsident Ebert in diesen Tagen, „über den Winter hinweg, den kritischsten seit Menschenbeginn, so faßt es an seine alten, friedliche Aufgabe heran, ein Verteidigungsland zu sein, dessen geistige und wirtschaftliche Errungenschaften in der ganzen Welt ihre alte Geltung wieder gewinnen werden.“ Im vorigen Jahr, vor zwei Jahren, vor jedem Kriegswinter haben wir solche Ansichten vernommen. Haben wir diesen Winter erst hinter uns, dann haben wir das Schlimmste überstanden, dann geht es wieder aufwärts. Es geht aber nicht. Allem Anstreben nach wird es auch noch diesen Winter noch nicht gehen, trotz Eberts rosenroten Optimismus. Es entspringt aus einer falschen sozialen Einschätzung auf die Zukunft des heutigen Deutschland und kennzeichnet recht gut den engen Gesichtskreis unserer gegenwärtigen Regierungspolitik: Nur das noch müssen wir schaffen, dann wird alles wieder schöner und besser. Nur noch diesen Winter, nur noch die Sozialisierung des Bergbaus, bloß erst die Wettbewerbsfähigkeit oder die Diktatur des Proletariats, nichts als Organisierung der Produktion und Planwirtschaft oder, je nachdem, Vermehrung der Grundlage staatlicher „Dynamit“ und Ausbildung des alten preußischen Kriegsstaates — dann muß sich alles, alles wenden. Auch der sächsische Ministerpräsident gehört zu dieser Art von Illusionspolitikern, wenn er erklärt: „Das Waffenstillstand zu bauen, wird aber erst möglich sein, wenn ... die Umstellung der Produktion nach sozialistischen Grundsätzen ausgeführt wird“. Man ist versucht, mit Schiller zu sagen: „Was haben die Herren für ein fernes Ziel!“. Der Auftrieb Deutschlands hängt weder ab vom Übeln des dieses Winters — der übrigens nicht kritischer ist, als manjetzt zuvor —, noch von der Durchführung des Sozialismus, aber irgend einer Theorie, die sich irgendwelche Politiker zum Siedenpferd erkoren haben; er läuft aus und zieht eine Frage des Lebendwillens der Nation und der verkennt unsere heutige Lage ganz und gar, der da glaubt, es genüge, dem Volke über eine augenblickliche Krise, über eine verhältnismäßige Kurze Spanne besonders ungünstiger Zeit hinwegzuhelfen. Dieses kurzwellige Spiel mit einzelnen Monaten oder einzelnen Theorien endet wie überdrüßig. Es fängt an, langweilig zu werden. Es war im Kriege verhängnisvoll und wird merkwürdigweise gerade von denen, die die amtliche Kriegspolitik am schärfsten attackieren, heute mit dem größten Eifer fortgesetzt. Man denkt doch nur daran, wie ein Mann wie Erzberger der heute natürlich wieder alles besser weiß, das deutsche Volk vertröstet hat, von einer Verlängerung des Waffenstillstandes auf die andere, von den im Walde von Compiègne schon durchbrochenen Grundsätzen Wilsons auf den Friedensvertrag, vom Friedensvertrag auf die Botschafterkonferenz, auf den Wörterbund, und schließlich auf die zunehmende Einsicht der anderen, auf die sogenannten „gemeinsamen Interessen“ Europas. Von der Vermögenssteuer, der Einkommenssteuer, der Umlaufsteuer und ähnlich dem Reichsnotstotper wurde nacheinander die Gründung unseres Staatshaushalt erwünscht; vom Sozialismusgesetz, von der verhängnisvollen „Verankerung“ des Ratspredigers und schließlich dem Befreiungsgebot selbst eine Befreiung unserer wirtschaftspolitischen Lage. Alles hat getrogen. Die Politik des Fortwährlust erlitt ein gefährliches Stoß. Und nun steht uns Ebert in Aussicht, daß wir ja etwa vom kommenden Frühjahr ab anfangen könnten, ein Verteidigungsland zu sein, dessen geistige und wirtschaftliche Errungenschaften in der ganzen Welt ihre alte Geltung wieder gewinnen werden!“

Man hätte das wohl gerne geglaubt! Schon weiß es jeder sich wünscht, wenn nicht schon am andern Morgen einige bekannt geworden wäre über das bisherige Ergebnis der Brüsseler Besprechungen, die doch nach den Ausführungen der gegenüberliegenden Presse damit begonnen haben, daß ein Geist der Voralte sich verbreite und Wollen zerstreut würden. Die 17 Punkte, die jetzt den deutschen Delegierten vorgelegt worden sind, beweisen etwas ganz anderes — nämlich das offensivkriegerische Bestreben, die deutsche Staatsherrschaft ganz zu beteiligen, das Deutsche Reich unter Zwangsverwaltung zu nehmen, das deutsche Volk zu Helden herabzudrücken, aus Deutschland das anzunehmen, was im römischen Imperium eine Provinz war: das Ausbeutungsobjekt für die Sieger. Wir wollen nicht davon sprechen, daß durch die Beantwortung der 17 Punkte die handelspolitische Selbständigkeit Deutschlands vernichtet und der Wirtschaftskrieg sein Ende finden würde durch die vollständige wirtschaftliche Unterordnung Deutschlands. Einseitige Reichsbegründung hat man schon früher verlangt, das Recht zur Industrieplönage sich schon durch den Friedensvertrag gesichert und es besonders im besetzten Gebiet mit der größten Absichtlosigkeit ausgeübt. Jetzt verlangt man Auskunft über die Vorteile, die Deutschland durch die niedrigen (!) Wöhne der deutschen Arbeitnehmer im Verhältnis zu fremden Ländern befreit, verlangt genaueste Angaben über Ein- und Ausfuhr des deutschen Handels — die allgemeine Statistik genügt offenbar nicht! —, über die Kohlenpreise und das deutsche Privat-eigentum. Das heißt nichts anderes, als daß unter der Flügel der sogenannten „Wiederaufruhrmaßen“, die nicht